

Vier Kampfabstimmungen sorgen für Gesprächsstoff

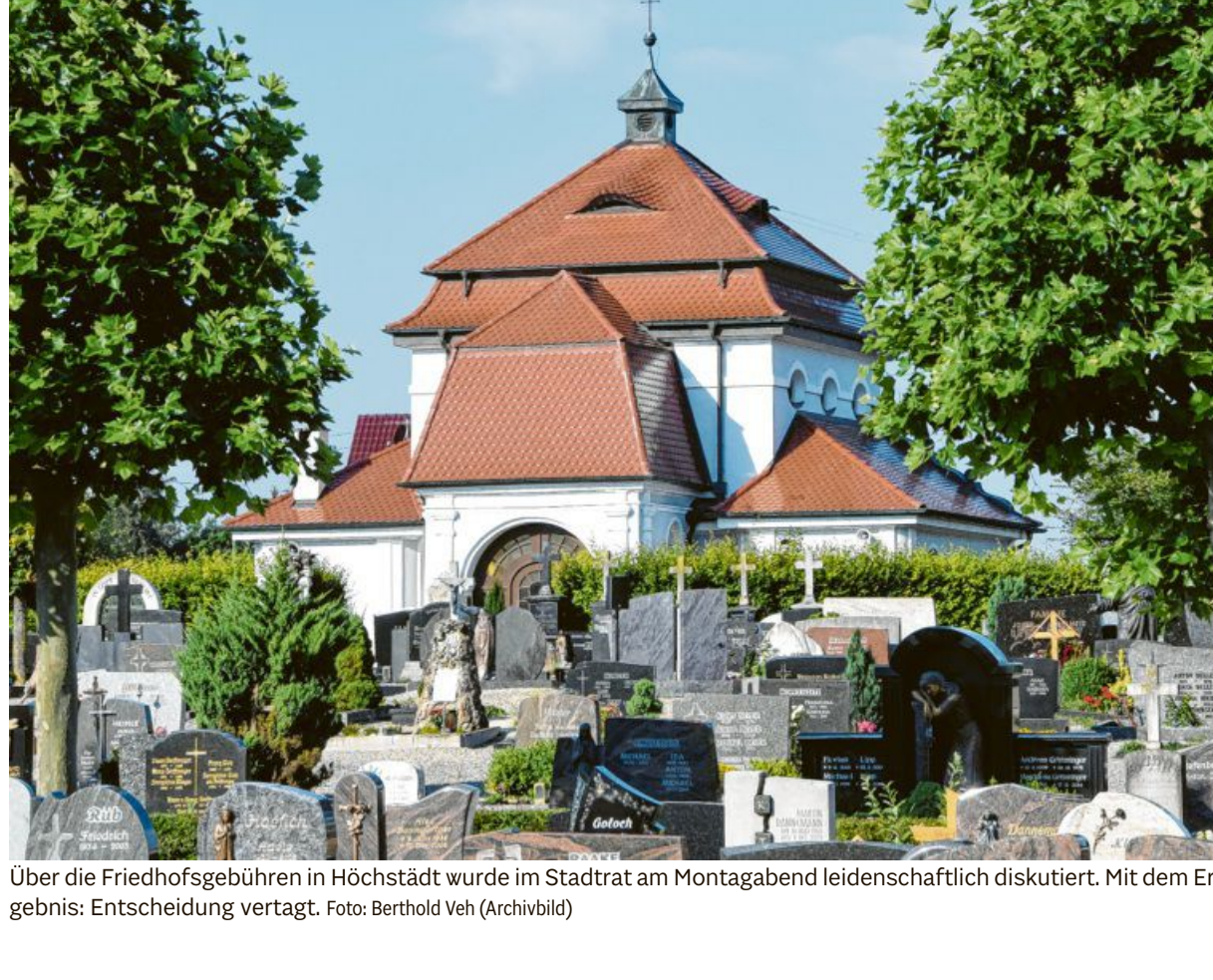
Der Stadtrat Höchstädt diskutiert in seiner Sitzung unter anderem über die Friedhofsgebühren sowie einen möglichen Beitritt in die Seniorengemeinschaft Dillingen-Lauingen. Es wird emotional.

Von Simone Fritzmeier

Höchstädt Diese Pause vor dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung ist am Montagabend dringend notwendig. Auch, wenn es schon nach 21.30 Uhr ist. Die Stimmung unter den Stadträten, bei den Zuhörern und auch bei Bürgermeister Stephan Karg ist eine Mischung aus Wut, Frust, Enttäuschung – und auch ein klein wenig Scham. Zumindest fallen nach der Stadtratssitzung in Höchstädt Sätze wie „Da muss man sich echt schämen“ oder „Ich bin wirklich sehr enttäuscht“. Nicht nur von den rund 20 Bürgern und Bürgerinnen, die an diesem Abend bei der öffentlichen Sitzung dabei waren, sondern auch von Gremiumsmitgliedern.

Der Grund: Bei zwei Tagesordnungspunkten wird nicht nur leidenschaftlich diskutiert, es fallen Entscheidungen, mit denen vermutlich im Vorfeld in dieser Form keiner gerechnet hat. Weder Zuhörer noch Stadtrat, geschweige denn Bürgermeister Karg, der immer wieder den Kopf schüttelt und versucht, Einigkeit oder zumindest Kompromissvorschläge in seinem Rat herzustellen. „Wir sind uns doch in den meisten Punkten einig. Finden wir denn keine Lösung, mit der alle leben können?“, diese Frage stellt er an diesem Abend so oder so ähnlich, nicht nur einmal. Mit dem Ergebnis: Nein. Zumindest bei den Themen Friedhofsgebühren und Seniorengemeinschaft Dillingen-Lauingen.

Turnusgemäß stellt Herbert Micheler, Mitarbeiter beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPv), die Neukalkulation der Friedhofsgebühren für die Stadt Höchstädt vor. Zusammengefasst kommt dabei heraus, dass die Kommune – trotz Erhöhung im Jahr 2020 – von 2019 bis 2023 knapp 400.000 Euro Defizit erwirtschaftet hat. Micheler drückt es so aus: „Die Stadt hat ihren Friedhof subventioniert.“ Gründe für die Kostensteigerungen sind etwa mehr Kosten für Bauhof und Verwaltung, ebenso Mindereinnahmen von rund 23.000 Euro durchschnittlich pro Jahr. Dass deshalb eine Gebührenanpassung, sprich Erhöhung, notwendig sei, stehe außer Frage – auch für den Stadtrat. Entscheidung ist nur, in welcher Höhe. Micheler vom BKPv empfiehlt eine Erhöhung, mit der eine hundertprozentige Kostendeckung möglich sei. Als Beispiel nennt er ein typisches Familiengrab



Über die Friedhofsgebühren in Höchstädt wurde im Stadtrat am Montagabend leidenschaftlich diskutiert. Mit dem Ergebnis: Entscheidung vertagt. Foto: Berthold Veh (Archivbild)

mit zwei Grabstellen mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Die Gebühr würde sich bei einer 100-prozentigen Anpassung von 66,55 auf 110 Euro erhöhen. Micheler: „Das ist vollkommen im Rahmen, diese Gebühr ist nichts Außergewöhnliches. Andere Kommunen sind teils über 200 Euro.“

Günter Ballis, FDP, findet das zwar einen „kräftigen Sprung nach oben“, glaubt aber, dass der Stadt kaum was anderes übrigbleibe. „Wir müssen dringend den Friedhof neu planen und investieren“, sagt er. Bürgermeister Karg pflichtet ihm bei, dass die Überplanung auf der Agenda stehe und etwas passieren müsse. Er steht hinter dem Vorschlag der Verwaltung, die eine 80-prozentige Deckung durch Grabnutzungsgebühren empfiehlt, die restlichen Gebühren mit 100 Prozent gedeckelt werden. Rainer Wanek, Pro Höchstädt, sagt: „Wir können es uns nicht erlauben, unter die 100 Prozent zu gehen.“ Und auch Jan Waschke, SPD, meint: „Die 100 Prozent sind zu vertreten, auch wenn solch eine Erhöhung nicht populär ist.“

Hans Mesch, Freie Wähler, ist an-

derer Meinung. Er habe selbst gerechnet und komme zu dem Ergebnis, dass 100 Prozent zu viel seien, er plädiere für 75 Prozent. „Es ist nie gut, Geld über Gebühren von den Bürgern zu bekommen. Die Anpassung auf einen Schlag ist zu hoch. Zur Not könnten wir aber auch mit 80 Prozent leben.“ Kann die FW nicht, wie im weiteren Sitzungsverlauf zu sehen ist.

Johann Jall, Umland, spricht von einer Friedhofskultur, die durch solche massiven Erhöhungen verändert werde. „Dann bleiben noch mehr Grabstellen leer“, glaubt er. Micheler und Karg argumentieren dagegen, dass der Friedhofswandel, sprich der Wunsch nach mehr Urnenbestattungen, seit vielen Jahren bereits ein Trend sei. Trotzdem: „Das Umland ist für 60 Prozent Erhöhung“, so Jall.

Es wird noch eine Weile hin und her diskutiert, teils sehr emotional und persönlich. Dann wird abgestimmt, dreimal. Als Erstes über den Antrag von Waschke für 100 Prozent – mehrheitlich abgelehnt. Dann über den Vorschlag der Verwaltung, den auch die CSU-Seite trägt: 80 Prozent. Fraktionsvorsitzender Tho-

mas Häußler versucht noch kurz vorher einen Kompromissvorschlag zu unterbreiten: „Einigen wir uns auf 80 Prozent, aber mit dem Hinweis, dass wir nach zwei Jahren die Gebühren wieder anschauen und gegebenenfalls neu anpassen.“ Mesch grätscht dazwischen: „Dann machen wir doch 75 Prozent.“ Einen Raunen geht durch den Saal, das Wort „kindisch“ fällt. Die Abstimmung zwei führt wieder mehrheitlich zu einer Ablehnung. Ebenso, auch nicht verwunderlich, die dritte Abstimmung, die die 75 Prozent beinhaltet. „Damit ist der Punkt vertagt“, fasst Bürgermeister Karg sichtlich frustriert zusammen.

Ähnlich ist die Stimmung beim Thema Seniorengemeinschaft Dillingen-Lauingen. Die meisten Zuhörer sind deshalb an diesem Abend gekommen – und enttäuscht nach Hause gegangen. Vor rund einem Jahr hat die Höchstädter Seniorengemeinschaft den Antrag auf Beitritt gestellt. Vorsitzender Gerhard Brecht hat den Verein im Stadtrat vorgestellt, auch eine Infoveranstaltung im Spitalforum war brechend voll. Am Montag steht nun die finale Entscheidung an, ob die Stadt

Höchstädt – wie bereits die Städte Lauingen und Dillingen sowie die Kommune Haunsheim – beitrifft. Die Bedingungen, etwa Mitgliedsbeiträge oder Gebühren, stellen dabei für die meisten Räte kein Problem dar. Einzig ein Punkt stößt auf, zumindest der CSU-Fraktion. Thomas Häußler sagt: „Die Laufzeit von fünf Jahren stört mich, kann man die nicht verhandeln? Wir wissen einfach nicht, wie unsere Senioren das Angebot annehmen und wir verpflichten uns schon lange. Ich stimme grundsätzlich zu, aber mir wäre eine Testzeit von ein, zwei Jahren lieber.“ Parteikollege Thomas Schmitt verpflichtet ihm bei: „Es ist eine Gewissensfrage, aber mir ist das Interesse an ähnlichen Angeboten, die wir haben, aktuell zu wenig. Ich glaube nicht, dass es sich trägt.“

Jan Waschke, SPD, versteht die Argumente, glaubt aber nicht, dass die Laufzeit verhandelbar ist, und sagt: „Rund 40.000 Euro sollten es unsere Senioren schon wert sein, oder?“ Die jährliche Gebühr für die Stadt Höchstädt würde sich pro Einwohner auf einen Euro belaufen, hinzukommt eine einmalige Aufnahmegebühr in Höhe von 80 Cent pro Kopf. Rechnet man mit rund 7500 Einwohnern, kommt die Summe von rund 40.000 Euro zusammen – für fünf Jahre.

Günter Ballis, FDP, sieht es so: „Leben in Dillingen, Lauingen und Haunsheim andere Menschen wie in Höchstädt? Alle haben für die selben Bedingungen unterschrieben. Man muss so einer guten Sache auch mal Zeit geben. Fünf Jahre sind da gerechtfertigt.“ Hans Mesch, Freie Wähler, sieht das ähnlich, er fordert in der Sitzung Gerhard Brecht auf, der als Zuhörer mit dabei ist, zu sprechen. Nach dem Hinweis von Thomas Häußler, dass nicht „Mesch, sondern der Bürgermeister das Wort erteilt“, spricht Brecht und der sagt deutlich: „Es ist nicht verhandelbar. Klar, ist es ein Vorstandsbeschluss, bei dem ich auch nur eine Stimme habe. Aber das wäre im Vergleich zu den anderen Städten nicht fair. Ich bin mir sicher, dass es auch in Höchstädt laufen wird, das Interesse im Vorfeld ist schon sehr groß, wir waren überwältigt.“

Ob das Angebot in Höchstädt angenommen wird? Das weiß keiner und lässt sich auch nicht herausfinden. Denn das Ergebnis einer erneuten Kampfabstimmung lautet: 10:9 abgelehnt.

Kommentar Seite 21